

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: **St. Konert** in Neuß.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß, **F. M. Schmidt**.
Expedition: Neuß, Markt A Nr. 91.

Insertate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 6-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Gesellschaft für Buchdruckerei.

Einladung der Beteiligten

zur Quartalversammlung auf Donnerstag, den
15. Febr., 4 Uhr Nachmitt., im bekannten Lokale.

Tages-Ordnung:

1. Budget der Redaktion.
2. Gewinnausszahlung.
3. Geschäftliche Mittheilungen.

Neuß, den 10. Febr. 1877.

Der Vorstand.

Deutschland.

8 Berlin, 12. Febr. Auf den Antrag der Abgeordneten Windthorst (Meppen), Voerts, Vaster, Legibi und Frhrn. d. d. Goltz wurden heute im Abgeordnetenhaus die drei Präsidenten durch Acclamation für die übrige Dauer der Session bestätigt. Alsdann genehmigte das Haus in erster und zweiter Lesung die Gesetzentwürfe, betreffend: 1. die Aufhebung des Lehnsverbandes im Geltungsbereich des ostpreussischen Provinzialrechts; 2. eine Abänderung des für das ehemalige Königreich Hannover zur Anwendung kommenden Gesetzes über Gemeindeverordnungen und Landstraßen; 3. die Revision des Reglements der öffentlichen Feuerlöschvereine; und 4. die Umgestaltung der für den Landdrostbezirk Osnabrück bestehenden Gebäude-Brandversicherungs-Anstalten. Hierauf sprach Abg. Dr. Roederich den Wunsch aus, den Gesetzentwurf, betr. die Uebernahme der Zinsgarantie des Staats für eine Prioritätsanleihe der Berlin-Dresdener Eisenbahn-Gesellschaft bis auf Höhe von 22,940,000 M. nicht an eine Commission zu verweisen, sondern ohne weiteres im Plenum zu verwerfen, weil man das Geld der Steuerzahler nicht zur Deckung von Grundbesitzverordnungen verwenden dürfe. Außerdem war Redner mit den Modalitäten des Vertrages nicht einverstanden. Erachte der Staat es im allgemeinen Interesse für notwendig, diese Bahn nicht verkaufen zu lassen, so hätte er sie sofort antauchen sollen. Auf keinen Fall dürfe man den Directionsmitteln auf Kosten der Steuerzahler so bedeutende Abfindungen zuwenden.

Graf Limburg-Stirum fand die Vorlage durchaus annehmbar, hauptsächlich darum, weil das Reichseisenbahn-Projekt durchgeführt werden solle und weil man Privatgesell-

schaften nicht länger gestatten dürfe, die Tarife nach ihrem Belieben ohne genügende Kontrolle des Staats zu regeln.

Abg. Berger (Witten), Anhänger des gemischten Systems, empfahl Ueberweisung der Vorlage an die Budget-Commission, weil dieselbe gründlich geprüft werden müsse. Redner betonte die Finanzmanipulationen der Gesellschaft, wobei derselbe feststellte, daß die Verwaltung von vornherein, da sie von dem 31½ Mill. betragenden Actien-Capital nur 22½ Mill. baar erhalten, mit einem Dammo von 25 Prozent Ueberwirthschaften müssen und so bald auf den bösen Weg der Schulden gedrängt worden sei, wo sie genöthigt war, die Regierung um die Genehmigung einer Prioritätsanleihe von 13½ Mill. anzugehen. Angesichts so ungünstiger Resultate sei das Project mindestens sehr bedenklich. Die Berlin-Anhalter Bahn habe ein Kaufgeld von 30 Mill. geboten, aber die staatliche Genehmigung für diesen Kauf nicht erhalten können. Und nun komme der Staat mit der Forderung, die Besitzer von Stammprioritäten vor weiteren Verlusten zu schützen. Aber die Kosten, welche dem Staate durch Uebernahme der Privatbahnen erwachsen, seien bereits so colossal, daß sie nicht mehr steigen dürfen. Jedenfalls erschiene die Vorlage so lange verfrüht, als nicht die Zustimmung der sächsischen Regierung zu dem Vertrage vorliege.

Handelsminister Achenbach bezog sich auf seine Ausführungen in der vorigen Session, bestritt, daß die Regierung eine künstliche Steigerung der Einnahmen herbeizuführen versucht habe, erinnerte daran, daß er durch Reprobitur einer Tarifierhöhung der Dresdener Bahn sich sonstigen Angriffen ausgesetzt habe, gab zu, daß der Ankauf der Bahn allerdings aus zweckmäßigen sei, bemerkte jedoch, daß man sich über den Kaufpreis nicht habe einigen können, betonte die prinzipielle Tragweite der Vorlage und die Nothwendigkeit der Erhaltung des berechtigten Einflusses der Regierung auf das Eisenbahnwesen und stellte in Abrede, daß das Verhältniß zu Sachsen ein unfreundliches sei.

Abg. Windthorst (Meppen) erklärte sich in allen Punkten mit seinem Collegen Berger einverstanden und meinte, daß eine gründliche Prüfung der Vorlage zu deren Ablehnung führen werde. Im Uebrigen erschien ihm jede einzelne Vorlage als ein verdecktes Hinstellen nach dem System der Reichseisenbahnen. Mit der Uebertragung dieser Dinge auf den Staat gerathe man jedoch auf sehr bedenkliche socialistische Wege, weil die Aufrechterhaltung eines constitutionellen Systems unmöglich sei, wenn der Staat sich in Besitz aller Eisenbahnen gesetzt habe. Auch habe sich Preußen Sachsen gegenüber nicht so benommen, wie es ein Bundesgenosse hätte erwarten dürfen. Den Nationalliberalen, die durch diese Bemerkung in eine sehr gereizte Stimmung versetzt wurden,

antwortete Herr Windthorst: „Sie wissen das besser, Sie haben immer im Auge, daß die kleinen Staaten mehr und mehr in Preußen aufgehen sollen. Ich aber will mit keiner Silbe das Reichseisenbahn-Projekt fördern.“ (Beifall rechts.)

Finanzminister Camphausen hob hervor, daß eine in das Herz Sachsens führende Bahn von Bedeutung sei, und fand es geradezu unerfindlich, wie man behaupten könne, daß diese Vorlage nach einer bedenklichen socialistischen Richtung neige. Finanzielle Nachtheile seien mit der zu übernehmenden Verpflichtung nicht verbunden.

Handelsminister Achenbach glaubte aus einer hannoverschen Denkschrift über das Staatseisenbahnwesen den Schluß ziehen zu dürfen, daß Herr Windthorst nicht immer ein so entschiedener Gegner der Staatseisenbahnen gewesen sei. Im Uebrigen leugnete er, einen Einfluß auf Eisenbahnbeamte zu besitzen und je einen Druck auf diese bei politischen Wahlen ausgeübt zu haben.

Nachdem Vaster sich wieder in der Rolle gehalten hatte, Herrn Windthorst zu schulmeistern, und seinem Bedauern darüber Ausdruck gelassen hatte, daß das Eisenbahnwesen noch keine einseitige Gestaltung gewonnen habe, wurde die Discussion geschlossen und die Vorlage an die Budgetcommission verwiesen.

Weiterhin beschloß das Haus, dem Antrage des Abg. Frhrn. v. Heeremann gemäß, Einsetzung einer aus 14 Mitgliedern bestehenden Commission, welche an Stelle der Abtheilungen die Wahlen zu prüfen hat.

Endlich zur Staatsberatung übergehend, wurden die dauernden Ausgaben des landwirthschaftl. Ministeriums unverändert bewilligt, mit dem Anheimgen, einen Zuschuß für die Einrichtungen einer zweiten Mittelschule in Pommern für das nächste Jahr ins Auge zu fassen, und mit der Auforderung: bei der Reichsregierung auf die Einleitung internationaler Verhandlungen mit den Nachbarstaaten hinzuwirken, um eine strenge Ueberwachung der Rinderpest in ihren Heimathsorten herbeizuführen.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Staats-

beratung.
8 Berlin, 13. Febr. Im Abgeordnetenhaus klagte Abg. Sombart heute bei der Beratung des Etats der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Baunwesen über die mangelhaften Kenntnisse der Feldmesser und erzielte Seitens des Handelsministers die Zusicherung, daß bei Aufstellung des Gehaltsplans für das Polytechnicum die für die Ausbildung der Feldmesser besonders geeigneten Gegenstände Berücksichtigung finden würden. Dann rügte Abg. Dohrn den seit 30 Jahren stationären Zustand in unserer ganzen Bauverwaltung, worauf Abg. Dunder sich bei Begründung eines von ihm einge-

Nach Jahren.

Criminalgeschichte von J. D. S. Temme.

(Fortsetzung.)

18) Ich war schon vor sieben Uhr am andern Morgen an der Gartenpforte des Landhauses, um den Herrn von Roelof hatte ich mich nicht weiter gekümmert. Ueber drei Punkte besonders sollte die alte Kammerfrau mir Auskunft geben, über den Streit des Fräuleins Haller mit der Französin; über einen Selbstmord der Baronin, den sie früher so entschieden zurückgewiesen hatte, und den sie, nach der Behauptung des Herrn von Roelof, jetzt bestätigen werde; darüber, daß sie früher auf das Entschiedenste für die Unschuld des Fräuleins Haller eingetreten war, jetzt aber, nach der Versicherung des Herrn von Roelof, gleichfalls anderer Ansicht geworden sei. Freilich, was waren dieses zweideutigen Menschen Behauptungen und Versicherungen, die er selbst nur Eventualitäten nannte? Aber hatte die Kammerfrau in Beziehung auf das Fräulein Haller nicht schon in auffallender Weise Manches zurückgehalten und dann am gestrigen Abend Neußerungen gegen mich fallen lassen, die nur als Zeugnisse der Schuld der Dame aufzufassen waren?

Die Frau erschien, als ich kaum auf meinem Plage war. Sie mußte auf meine Ankunft gewartet, mich gesehen haben; sie war in den Garten gefolgt. Unsere Unterredung wurde wieder durch die Hecke geführt.

Ich sollte Alles von ihr erfahren, hatte sie am gestrigen Abend mir versprochen. Ich ließ sie das Gespräch beginnen. Sie begann es anders als ich erwartet hatte.

„Der Herr von Roelof sprach mit Ihnen?“ fragte sie.
„Er wollte mich auf dem Rückwege zu meinem Gasthof ein.“

„Er unterhielt sich mit Ihnen über die Ereignisse auf der Hohenburg?“

„Ja!“

„Auch über die Zustände in diesem Landhause?“

„Nein.“

„Der Herr von Roelof ist ein schlechter, ein sehr schlechter Mensch!“

Ich mußte der alten Frau doch eine Bemerkung machen. Nach seinen Mittheilungen an mich, Frau Walter, scheint er Ihr Vertrauen zu besitzen.“

Sie wurde nicht verlegen; aber ein Zug des Kammers, fast der Angst lag durch ihr Gesicht.

„Er weiß viel, zu viel“, erwiderte sie. „Er hatte Alle auf Schloß Hohenburg in seiner Gewalt; auch hier müssen Alle vor ihm zittern.“

„Auch Sie, Frau Walter?“

„Auch ich!“

„Frau Walter, wer war der Mörder auf Schloß Hohenburg?“

„Sie sollten Alles von mir erfahren, versprach ich Ihnen; hören Sie mir zu. Ich werde über Alles, was ich weiß, Ihnen hier die offene Wahrheit sagen. Früher hatte ich mich nicht dazu entschließen können; ich wollte, ich dürfte nicht die Ursache eines namenlosen Unglücks werden. Jetzt — ach, es ist dennoch so viel Unglück eingetreten; aber mein Schweigen hat es nicht angepöbel, meine Worte können es nicht noch vermehren, und ich muß mir das Gewissen erleichtern.“

Ihre neuen Mittheilungen begannen erheblich zu werden, schon sofort für die Zeit der Rückkehr des Baron Emmerich in Begleitung des Fräuleins Haller.

Der Baron hatte, wie ich schon wußte, gleich nach seiner Ankunft im Schloße eine Unterredung mit seiner Mutter gehabt, dann zu dieser für eine kurze Unterredung das Fräulein geführt. Die Frau Walter wollte früher von dem Inhalte beider Unterredungen keine Kenntnis gehabt haben. Sie räumte jetzt ein, daß sie die Vertraute der Baronin gewesen sei, die vor ihr kein Geheimniß gehabt, die ihr auch sofort anvertraut habe, was sie mit dem Sohne und dem Fräulein gesprochen hatte.

Der Baron Emmerich hatte seiner Mutter mitgetheilt, das Fräulein sei eine unglückliche Dame, die, von widrigen Schicksalen verfolgt, ohne Mittel in der Welt dastünde und auch ohne Schutz gewesen sei, wenn sie nicht den sehnigen angenommen hätte. Sie habe zu dessen Annahme sich nur schwer entschließen können, zuletzt nur unter der Bedingung einer Einwilligung seiner Mutter. Um diese Einwilligung, zugleich um ihren eigenen Schutz für das Fräulein hatte er die Baronin gebeten. Er war dabei offen gewesen. Er liebe das Fräulein; er wolle sie zu seiner Gattin machen; er habe ihr seinen Entschluß noch nicht zu erkennen gegeben; er wolle vorher der Einwilligung seiner Mutter auch dazu sicher sein, und er sehe ein, um diese zu erlangen, müsse die Baronin das Fräulein näher kennen lernen. Seine augenblickliche Bitte an die Baronin war, die junge Dame als ihre Gesellschafterin aufzunehmen. Die Baronin hatte sich anfangs geweigert. Seine Bitte war dringender geworden. Er hatte dabei gestanden, daß er in seinem bisherigen Leben vielfach auf die bedenklichsten Abwege gelaufen sei, daß vor dem Abgrunde nur Helene Haller ihn gerettet habe; sie sei sein Schutzengel gewesen; sie müsse es ferner bleiben, wenn wieder ein ordentlicher Mensch aus ihm werden sollte. Sie wolle das Fräulein sehen, hatte die Baronin zuletzt erklärt und halb nachgegeben. Welche Mutter, die ihren Sohn liebte

und nicht ganz verloren geben wollte, hätte das nicht gethan?

Der Baron führte darauf das Fräulein zu seiner Mutter; die Baronin hatte jene für eine Unterredung mit ihr. Das Neueste der jungen Dame hatte einen vorthellhaften Eindruck auf die Matrone gemacht. Das Fräulein war von einer eben Schönheit; ihr Benehmen war einfach, bescheiden und doch so würdig.

„Sie haben mir gestattet, gnädige Frau, mich Ihnen vorzustellen. Ihr Herr Sohn hat Ihnen seine Bitte vorgetragen; darf ich Sie bitten, als die meinige wiederholen?“

„In welchem Verhältnisse stehen Sie zu meinem Sohne?“ fragte die Baronin sie.

„Gnädige Frau, in keinem uneben! Bei Gott nicht.“

„Wie wurden Sie mit ihm bekannt? Wie setzte diese Bekanntschaft sich bis zu Ihrer Reise hierher fort?“

„Gnädige Frau, der Baron Emmerich hat ent weder Ihnen darüber keine Mittheilung gemacht, dann würde eine Antwort meinerseits einen treulosen Verrath seiner Geheimnisse enthalten, oder der Baron hat Ihnen Alles gesagt, dann legt Ihre Frage ein verlegendes Mißtrauen gegen Ihren Sohn und gegen mich an den Tag, und seine und meine Ehre verbieten mir eine Antwort.“

Das Fräulein hatte das mit jener einfachen natürlichen Frauenwürde gesprochen.

Die Baronin erwiderte nach kurzem Besinnen darauf: „Bleiben Sie hier, Fräulein, führen Sie auch den Namen meiner Gesellschafterin. Um Sie aber in meine Gesellschaft aufzunehmen, muß ich die volle Gewißheit, die feste Ueberzeugung haben, daß ich nur eine Würdige um mich sehe. Ich werde Sie beobachten.“

Das Fräulein dankt der Baronin. Die Beiden sehen sich nicht wieder, lange Zeit nicht.

Die Baronin und ihr Sohn sehen sich selten, sprechen nie über das Fräulein.

Die Baronin läßt dagegen das Fräulein beobachten, durch ihre Kammerfrau, Frau Walter.

Der Kammerfrau kann es nicht entgehen, daß zwischen dem Baron Emmerich und dem Fräulein ein vertrautes Verhältniß besteht, das in manchen seinen Beziehungen sich den Augen der Welt zu entziehen sucht, in anderen dagegen sich klar an den Tag legt. Die Beiden machen weite Promenaden in Wald und Feld, zu Fuß, zu Pferde, stets allein, ohne auch nur einen Diener mitzunehmen; wenn sie fahren, fährt der Baron selbst, nur selten ist der Kutscher bei ihnen.

Sie speisen allein, zu Mittag und zu Abend, sie bleiben nach Entfernung der Dienerschaft noch Stunden lang beisammen, wiederum ohne alle Gesellschaft. Des Abends hört man in der Regel sie dann musizieren. Aus der Öffentlich-

brachten Antrags auf energische Ausführung der genehmigten öffentlichen Bauten und Arbeiten in heftigen Anlagen gegen den Handelsminister selbst erging. Insbesondere machte er demselben den Vorwurf, daß er als Minister der öffentlichen Arbeiten nicht zur rechten Zeit die nöthige Thätigkeit bewiesen habe, um die seinem Ressort unterstellten Arbeiten zu fördern, welche durch die wirtschaftliche Lage des Landes geboten erscheine. Beim Austritten der französischen Kriegskontribution habe der Minister sich für eine lange Reihe von Jahren diejenigen Mittel sichern müssen, welche das Land vor einer wirtschaftlichen Krisis bewahrt hätten. Statt dessen habe das Kriegsdepartement die Geldmittel fast allein mit Verschlag belegt, und indem der Finanzminister den Rest zur Zurückzahlung von Staatsschulden verwandt, hätte er den Glauben erweckt, daß unser Land unermesslich reich sei. Indes brach der Redner selbst seiner Anlage die Spitze ab, da er zugestehen mußte, daß Herr Agenbach damals noch nicht Minister gewesen sei. So beschränkte sich das Sündenregister, welches Herr Dunder dem Minister vorhielt, eigentlich darauf, daß er die bewilligten Gelder nicht in der richtigen Weise verwendet, viele wichtige Bauten nicht genügend gefördert und namentlich das Wasserbauwesen vernachlässigt habe. — Der Handelsminister gab diese Vorwürfe mit Zinsen zurück. Er fragte den Ankläger, wo er denn gewesen sei, als über die Milliarden verfügt worden? warum er damals nicht die heute entwidenden Geschäftsküste geltend gemacht habe? warum er seine Anlage gegen ihn richte, der gar nicht in der Lage gewesen sei, den behaupteten Einfluß zu üben und der in seinem gegenwärtigen Amte Alles gethan habe, was in seiner Macht gelegen? Herr Dunder hätte deshalb seine Angriffe gegen den richtigen Sollen, dem er wirklich eine Schuld beimessen könne. Der Minister suchte weiter nachzuweisen, daß die Bauverwaltung keineswegs lässig gewesen sei und wies den aus der Verzögerung einzelner Bauten entnommenen Tadel mit Entfiedenheit zurück, dabei sich speciell auf Anerkennungs schreiben verschiedener Corporationen stützend. Abg. Sammauer wollte nicht bestreiten, daß dem Minister die Abwehr verschiedener Vorwürfe gelungen sei; doch meinte er, daß der Vorwurf einer Sammelgierigkeit in der Ausführung der öffentlichen Bauten bestehen bleibe, wenn diese auch hauptsächlich durch bürokratische Formalitäten verlangsamt sei. Hier mußte also die heftigste Hand angelegt werden, indem man den Localbehörden eine größere Selbstständigkeit einräumte. Außerdem hielt der Abg. der Regierung vor, daß sie keinen vollständigen Finanzplan vorgelegt habe, sondern ganz unsystematisch vorgegangen sei. Auf eine desfallsige Anfrage erwiderte der Minister: daß die Regierung mit der Ausführung größerer Bauten bereits vorgegangen sei, daß wegen des Rhein-Weser-Kanals eine Vorlage nicht in Aussicht gestellt werden könne, weil die Interessenten selbst zu wenig gethan, daß aber in den nächsten Tagen dem Hause eine auf Vermehrung der Credit für Eisenbahn- und Hafenbauten gerichtete Vorlage zugehen werde. — Die Debatte, in welcher noch die Abgg. Windthorst (Wiesefeld) und Lasker eingingen, endigte mit der Annahme der vom Abg. Dunder vorgeschlagenen Resolution. — Die weiteren Verhandlungen boten kein Interesse.

Beitragung
werden, dessen
auf 100,000

des „Solos“
r die „Deutsch-
am Schluß:
g der beiden
seitige Unab-

titiv mit der
Friedensver-

Febr. verbreit-
den Bruth
verden soll alle
aus Serbien
er behauptet,
kten und in
sische Kanten
Arme

auf das Be-
in den Ga-
Minister Be-
henden Auf-
werden

tat.)

freuen, daß es
den noch Reute
tado, im Cen-
und immer
ne Rechte an
seine Rechte
enommen, so
machen, wo-
sich nicht wan-
hatte es für
die Dilecten
Staat sachlich
Centrum.)

Die
werden
Gerichtshof
arbeiten,
wie andere
gibt, weil es
haben. Dann
Dahomey und
im Centrum.)
in die jehige
Mehrfachheiten
(Heiterkeit.)
nicht Alles.
er Unterstü-
wenn er, ich
tan zu sein.
g gar nicht,
Der Ober-
se persönlich
für einen
dienstlich ver-
min. M. G.,
verhindert
intermediäre
Zustufungen
Ansprüche
Ansprüche
eben ist ein-
(Sehr richtig!)
Aber, m. G.,
nehmen jede
lande zu con-
st hatte, daß
sie endlich
in der Trenn-
ogramm steht,
ich mich,
ich geirrt zu
die Fraction
das ist das
„Altkatho-
einige conse-
gerren in der
gestatten; wir
unser Con-
Grundlage,
nen sind, zur
katholische In-
genossenschaft,
absolut auf
etwas werden
Sache liegt
troß aller

selbst zu, daß
ing mit der
Zusammen-
eigentlich
übergriffen,
gerügt habe
in, so meine
ist, um den
nachzugeben.
ch kaum mehr
itten, daß er
Aufmerksamkeit
Bügel heran-
trum.)

des Vorredners gegenüber nur zugehen, daß er die Pflicht habe, aber die Staatsanwaltschaft die Aufsicht zu führen. Der Vorredner besta... Oberstaatsanwalt in Paderborn Beschlagnahmen von Briefen angeordnet habe, ohne eine Untersuchung zuvor einzuleiten. Im allgemeinen wolle er hervorheben, daß die Criminalordnung dem Oberstaatsanwalt ein derartiges Recht gewähre; im speziellen aber könne er über diesen Fall gar nichts sagen, da ihm davon gar nichts bekannt sei. Glauben Sie doch nicht, m. H. so schließt der Redner, daß der Justizminister über jedes Vorkommnis im Lande unterrichtet sein muß und Ihnen Aufschluß geben kann. Ich bitte, mir genaue Mittheilungen über solche Fälle zu machen.

Abg. Dr. Laack. Der Herr Abg. Schröder hat sich gewundert, daß bei seinem Vortrage Sachen im Hause entfielen, und uns aufgefordert, seine Rede doch mit Ernst anzuhören; er hat aber vergessen, daß dieses Sachen bloß eine Consequenz seiner Rede war, daß er es also in der Hand hatte, dasselbe zu vermeiden. Als er anfang von Beschlagnahmen, die ungesetzmäßig vorgenommen seien, zu sprechen, war man still und aufmerksam, weil wir diesen Dingen, wenn sie begründet wären, die größte Aufmerksamkeit zugewendet hätten. Wenn er aber dann eine ganze Reihe von Sachen vorbringt, die mir ein Rest aus den Wahlversammlungen zu sein schienen und gar nicht in das Haus hineingehören (Ohio im Centrum; sehr richtig! links), so braucht man sich nicht zu wundern, wenn wir meinten, es wäre ihm mit der ganzen Discussion gar nicht Ernst, und Sie (im Centrum) wären nunmehr in das humoristische Stadium gekommen, und wir gratulierten uns schon dazu, daß Sie den Humor gefunden hätten. (Gelächter.) Die Rede hatte aber auch eine ernste Seite. Sie (im Centrum) führen immer die bestellten Stichworte im Munde: Wir sind die kräftigen Männer, wir haben einen unbegrenzten Muth, wir wahren die Freiheit und das Recht, kurz Sie sagen von sich alles Schöne, was ein Mensch mit parlamentarischer Beschaffenheit von sich sagen kann, nur von den Gegnern wird alles Schlechte gesagt, was man in guter Gesellschaft von einem Nachbarn eigentlich nicht sagen sollte; es geht eben so knapp beim Ordnungsrufe vorbei. Damit man aber im Lande sehe, wie die Herren die Opposition führen, will ich eine paar Punkte herausgreifen. Den königlichen Gerichtshof, der durch ein Gesetz eingerichtet ist... (Aha! im Centrum.) Sie verpöten die Gesetze, das weiß ich; das ist gerade unsere Klage, und der Grund des Unfriedens. Diesen Gerichtshof, der für die Mehrheit eine Autorität ist, nennt dieser Vertreter Ihrer Partei „Kammegieser und Genossen“. (Hört! hört! links; Bewegung im Centrum.) Wenn Sie nicht Heißsporne in Ihrer Partei hätten, würden solche Ausdrücke nicht gesagt werden; die Besonnenen von Ihnen hüten sich, so offen ihre Karte aufzubeden. Ein Vertreter dieser Partei entwickelt alsdann: was kümmert denn den Staat, ob das von ihm gegebene Gesetz und die unter seiner Autorität erlassenen rechtskräftigen Erkenntnisse ausgeführt werden? Ein Volksvertreter, der auf Grund der Verfassung gewählt ist, spricht unter dem Schutze der Redefreiheit in dieser Weise über die Gesetze! Wir müssen das hinnehmen, daß hier gesagt wird: der Staat hat sich um Ausführung seiner Gesetze nicht zu kümmern! Sollen wir dann nicht endlich gegen Ihre Reden gleichgültig werden? (Fortsetzung folgt.)

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 14. Febr. Stadtraths-Sitzung. Die Stadt hat 21 Wahlmänner beauftragt, einen Abgeordneten für Neuß, Grevenbroich, Wesel, Bielefeld, Gladbach, Dülken u. s. w. zum Provinziallandtag zu wählen (auf 150 Familien kommt ein Wahlmann). Es sind wählbare Stadtvorstände und der Bürgermeister, welche 19 an der Zahl in 19 Wahlgängen glücklich aus der Urne hervorgehen. — Es sind etwa 80 Arbeiter als Beschäftigung bedürftig angemeldet; die Armenverwaltung und die Baucassaillon wird beraten. — Hypothek gegen Firma Ulmer kann gelöscht werden, wenn das Capital bezahlt ist. — Wegen Heuböcher hat die Stadt den Proceß (Kapitelstraße) verloren; 50 M. Schadenersatz und 210 M. Kosten. — Reparaturbedürftige Wege werden durch einzelne Stadtverordnete beurtheilt; die Wegekassen und der Weg zu Lemmer werden zu reparieren abgelehnt. — Ein Schreiben der Eisenbahndirection zu Elberfeld ist eingelaufen; die Bahn bezahlt das Ausziehgeleise auf dem Bahnhof selbst; dieselbe ist einverstanden mit einer Wegeverlegung; ein Rohrendurchschuß südlich der Bahn durch die Staatsstraße ist entbehrlich; der nördliche soll auf gemeinsame Rechnung gemacht werden; über die Bahngeleise wird dahin übereingekommen, daß vorläufig nur 1/2 der Länge zweigleisig angelegt werde; dadurch bleiben die Lagerplätze breiter. Concurrenz in Veerdt; die reservirte Erklärung des Vertreters der Berg. - M. R. Bahn genügt der Stadt nicht; dieser Punkt wird dem Canalverein überwiesen. In Betreff des zukünftigen Betriebs herrscht Einigkeit zwischen Stadt und Bahn.

Die Nummerierung der Häuser, welche erneuert werden muß, soll in der Stadt Straßenweise erfolgen, draußen nach Abtheilungen mit Ausnahme der an Hauptausseilen gelegenen Häuser, die ebenfalls abgeändert werden. Die Arbeit soll verbunden werden. — Bei den Leidenbestattungskosten sind 109 M. Deficit. — Geländer an der Weingartbrücke ist zu 500 M. veranschlagt, wird vom Herrn Baumeister Busch revidirt. — Lagerplatz gegenüber der Mühle von Thomas & Weithen wird zu pachten verlangt, der Bürgermeister wird zum Abschluß autorisirt. — Lichtertosen verlangt. — Eine Gasstelle wird verkauft zu früheren Bedingungen. — Der Abgänger der Münstertische ist zu revidiren.

Grevenbroich, 12. Febr. Es ist nicht ohne Interesse, das Schicksal der hiesigen höheren Bürgerschule zu verfolgen. Man erinnert sich, wie Ende 1874 einige schlaue Köpfe auf den Gedanken kamen, die bis dahin städtische Anstalt, welche in ihrer beschriebenen Stellung als Privatschule stets allgemein befriedigende Resultate geliefert hatte, müsse absolut „gehoben“ werden. Es wurde geschickelt von Progymnasium und Realschule erster Ordnung u. dergl. m., und die Grevenbroicher Zeitung bewies in einem Artikel ihren Lesern, daß diese Umwandlung der Commune keinen Heller Mehreinnahmen verursachen werde, indem mit unbedingter Gewissheit ein „Staatszuschuß“ zu erwerben sei; im Gegentheil habe die Commune nur die materiellen und geistigen Vortheile einzubüßen. So kam denn auch schließlich trotz der wohlgemeinten Warnung seitens der Neuß-Grevenbroicher ein Beschluß des Gemeinderathes zu Stande, wonach der Königl. Regierung die Anstalt in obigem Sinne übertragen werden sollte. Dieser Antrag wurde höherer Orts bereitwillig acceptirt, nur war, jedenfalls aus bloßem Versehen, sowohl „Staatszuschuß“, als „Progymnasium“ vergessen worden.

In der Erwiderung der Königl. Regierung heißt es nämlich, daß die Schule nunmehr als „öffentliche Communalchule“ zu betrachten sei. — Das war die erste „Hebung“, durch welche die Commune die freie Verfügung über die Schule einbüßte.

Eine zweite erfolgte kurz vor Ostern v. J. Nach vielfachen Anstrengungen gelang es, den geistlichen Lehrer, welcher bereits mehr als 8 Jahre an der Anstalt gewirkt hatte, zu entfernen; wie es heißt, weil er kein Examen gemacht hatte. An seine Stelle trat Herr stud. phil. Schöler; dieser besitzt zwar auch keine Fakultäten, hat aber schon einmal eine Rede im Bildungsberein gehalten, was wohl schwerlich das Examen ersetzen wird.

Der Religionsunterricht erhielt eine Zeit lang Herr Rektor Bandenesch aus Paderborn (jetzt Kreis-Schulinspector für Schleiden), jedoch bald wurde dieser Unterricht ganz sistirt, so daß bis heute die Schüler vollständig ohne religiöse Unterweisung sind, wofür die kath. Eltern sich bestens bedanken werden. Zur Hebung der Schule möchte das schwerlich beitragen, denn es gibt noch Anstalten in der Umgegend genug, an denen die Katholiken diese ihre wichtigsten Interessen gewahrt finden.

Aber noch mehr; man scheint es den katholischen Eltern vollständig unmöglich machen zu wollen, ihre Kinder noch länger an dieser Schule anzuvertrauen. An Stelle des früheren Direktors Konze, welcher in einem andern Wirkungskreis abgegangen, ist ein gewisser Herr „Schulamtskandidat“ Schmitt gewählt worden, mit oder ohne Examen, wissen wir nicht. Dieser Herr hat vor Kurzem das Bescheid von unterer Gymnasialklasse von Binnig eingeführt, in welchem die Gesetze der Katholiken empfindlich verletzt werden. Wie wir vernahmen, haben schon verschiedene Eltern Protest dagegen erhoben und das Buch dem Herrn Rektor zurückgestellt, es wurde ihnen jedoch, wie erzählt wird, die Antwort zu Theil: „Man könne ja sein Schindeln von der Anstalt wegnehmen“.

Wie sehr die Schule unter diesen Verhältnissen bereits gelitten hat, geht daraus hervor, daß die Schülerzahl schon auf 39 herabgesunken ist. Während in früheren Jahren der Schulerat ganz oder bis auf einen verschwindenden Theil durch das Schulgeld gedeckt wurde, wird die ohnehin schwer belastete Commune heute schon einen jährlichen Zuschuß von circa 2400 Mark zu leisten haben, und dies für die wenigen Schüler, die Grevenbroich selbst liefert. — Wir können uns dem Gedanken nicht verschließen, daß, wenn in der begonnene Weise fortgefahren wird, die Schule zu „heben“, man mit der Zeit dahingelangen, sie vollständig aufzuheben.

Ueberhaupt scheint Grevenbroich mit seinen Unternehmungen wenig Glück zu haben. Um nur beispielsweise anzuführen, haben wir ein schönes Rathhaus hier stehen mit Einrichtung für die Landrathur; 60,000 Mark kostet das Gebäude. Nun aber wird der gute Rath entseht, theuer, die Landrathlichen Gemächer stehen leer. — Es wurde auch eine Stadtbuhr angeschafft, die einen Kostenaufwand von ungefähr 1800 Mark verursachte; sie sollte uns durch ihre Glockenschläge sagen, wie weit wir im Jahrhundert der Aufklärung sind. Doch nur einige Male öffnete sie ihren Mund — — sie schlug falsch und bald verstaumte sie gänzlich; Grevenbroich weiß wiederum meistens nicht — — wie viel Uhr es ist. — Was ist doch!

Wesel, 12. Jan. Wir lesen in der Rhein.-Westf. Wtg.: Herr Felix Freiherrn v. Roe, heute am Tage der Entlassung aus langer, 6monatlicher Festungshaft, zu bewillkommen, hatten sich die Spigen der katholischen Bürgerschaft Wesels im Hause des Herrn Jul. Dorfmann eingefunden. Den Wünschen des Dankes und der Verehrung, die alle Katholiken für den müthigen Führer im Kampfe für die Rechte der Kirche, im Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht empfanden, ließ eine dem hohen Herrn überreichte Adresse, von deren Veröffentlichung an dieser Stelle wir aus Gründen absehen, Ausdrück. Die Feier war kurz und ernst, die Worte, die der hohe Herr erwiderte, sie drangen tief in die Herzen der Anwesenden; sie waren durchdrungen vom Geiste katholischer Liebe, katholischen Opfermuthes. Es war kein rosiges Bild, welches er den Anwesenden für die nächste Zukunft in Aussicht stellte; Herbes haben Katholiken getragen, Herbes wird noch über sie kommen; Opfer haben sie schon viele gebracht, aber die völlige Hingebung an die katholische Kirche zu bekräftigen, werde wohl ihre Aufgabe für die nächste Zukunft sein.

Essen, 10. Febr. Gestern Abend gegen 1/6 Uhr sollte der wegen Straßenraubs zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilte und wegen seiner Reuterei an eine Mauer geschmiedete Verbrecher Glosa aus dem hiesigen Gefängnis dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Als er in die Nähe der Hauptthüre gekommen war, warf er, wie die „Ess. Volksztg.“ berichtet, plötzlich die Ketten von sich, ließ die beiden begleitenden Aufseher bei Seite und entsprach. Hundstief lief er, noch mit eisernen Ringen an Hand und Fuß belastet, in ein nahegelegenes Haus der Vereinsstraße, dann in die Scheune des Herrn Dr. Bergmann, hier aufgeschreckt, entsprach er durch ein Fenster in die Gärten in der Beremstraße, wo er verschwand.

Barmen, 12. Febr. Eine gestern Abend in dem Bergischen Localstatthalter-Berammlung des socialistischen Arbeiter-Vereins wurde, laut dem „Barm. Anz.“, von dem überwachenden Polizei-Kommissar angefaßt, weil ein Redner erklärte, das Christenthum sei Schwindel.

Wien, 13. Febr. Sichern Bernehmen der „N. B. Ztg.“ nach sind auf Verfühlung des Oberpräsidenten alle weiteren Maßnahmen der Verwaltungs-Behörden in Sachen der Pfarr-Dotalgüter vorläufig sistirt.

Marpingen, 11. Februar. Von Interesse dürfte folgende „Polizei-Verordnung“ sein: „Auf Grund des § 6 und des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und auf Genehmigung d. l. Regierung zu Trier wird durch den unterzeichneten Bürgermeister folgendes verordnet. § 1. Das Betreten der Waldstrieche Hirtelwald und Schwamberg der Gemeinde Marpingen, in welcher sich die sogenannte Erscheinungsstelle bezw. Gnadenbrunnen befinden, ist während der Nachtzeit und zwar von 5 Uhr Abends bis 7 Uhr Morgens verboten. § 2. Zuwiderhandlungen gegen

eine Polizeistrafe von 15 bis 30 Mark, im Unvermögensfalle verhältnismäßige Haft nach sich, und sind die Eltern für die Uebertretung ihrer Kinder nach Maßstab der Polizeiverwaltung d. l. Regierung zu Trier vom 30. Septbr. 1878 haftbar. St. Wendel, den 2. Februar 1877. Der Bürgermeister von Alswiller, gez. Woytt.“ Aus Veranlassung dieser Polizei-Verordnung wurden dem Gemeinderathe von Marpingen weitere Mittheilungen durch Vorlesung eines Schreibens gemacht, welches der Verordnung beigelegt war und, laut der „Trier. Landesztg.“, folgendermaßen lautet: „St. Wendel, 2. Februar 1877. Anliegende Polizeiverordnung erhalten Sie mit dem Auftrage, dieselbe sofort mit der Schelle bekannt machen zu lassen und demnach während acht Tagen in dem Bekanntmachungslosten auszuhängen. Nach Ablauf von acht Tagen wollen Sie dieselbe an mich zurücksenden, nachdem Sie folgendes Attest darunter gesetzt haben: „Daß die Verordnung acht Tage lang am Gemeindehaufe angeheftet gewesen und sonst nach Ortsgebrauch in der Gemeinde bekannt gemacht worden, bezeugt Marpingen, den... Febr. 1877. Der stellvertretende Ortsvorsteher.“ Gleichzeitig beauftragte ich Sie, daß diese Maßregel in Folge der gegen die Gensdarmen in der Nacht vom 27. Januar verübten Excesse durch d. l. Regierung verurtheilt worden ist, und daß dieselbe ferner noch darauf hingewiesen hat, wie die abermalige Belegung Marpingen's mit Militär nicht ausbleiben würde, sofern sich derartige Unordnungen wiederholten. Ich gebe Ihnen hiermit auf, dem Gemeinderath ebenfalls Mittheilung zu machen. Der Bürgermeister gez. Woytt. An den stellvertretenden Ortsvorsteher Bades.“ — Der „Deutschen Reichsztg.“ wird unter'm 11. d. geschrieben: „Anstatt der Gensdarmen, welche sowohl von hier als aus der ganzen Umgegend abgezogen sind, haben wir jetzt 15 Mann vom achten Jägerbataillon erhalten, welche zum Schutze des Hirtelwaldes abcomandirt sind. Uebrigens steht es jetzt den Bürgern frei, die Quelle zu besuchen, sobald sie nur einzeln oder zwei bis drei kommen. Von einem Schießen auf die Gensdarmen weiß man hier nichts.“

Verichtigung.

Evinghoven, den 12. Februar 1877. Geehrte Redaktion! Die Nr. 31 Ihrer geschätzten Zeitung vom 8. Febr. enthält eine Correspondenz aus Dedoven vom 5. Februar, welche in tendenziöser Weise durch unrichtige Angaben und Gegenüberstellung einer Correspondenz aus Caister die hiesige K. Gemeindevertretung in ein schlechtes Licht zu stellen sucht, weshalb ich Sie ersuche, gestützt auf § 11 des Gesetzes vom 7. Mai 1874, in einer Ihrer nächsten Nummern folgende Verichtigung gütigst zu veröffentlichen:

Unrichtig ist, daß im Jahre 1872 in Dedoven ein Vikar angestellt worden ist, da in Dedoven nie ein Vikar bestanden und auch bis heute nicht besteht, da keine neue Vikarie dort creirt worden ist. Es wurde vielmehr im Jahre 1872 dort ein Hilfs-Geistlicher angestellt, weil der Pfarrrer krank und altersschwach war. Ebenso ist es unrichtig, daß dieser Hilfs-Geistlicher sein Gehalt aus einer Stiftung bezieht, derselbe bezieht sein Gehalt aus der Kirchencasse und aus rein kirchlichem Vermögen. Dieses Gehalt wurde vom damaligen Kirchenvorstande zu 350 Thlr. proponirt, von der geistlichen Behörde wurden nur 250 Thlr. vorgeschlagen und schließlich auf 300 Thlr. und 60 Thlr. Miethsentschädigung festgesetzt. Es erhielt der betreffende Hilfsgeistliche bis zum Tode des Pfarrers aus der Kirchencasse inc. 65 Thlr. für die Sonntags-Frühmesse rund 425 Thlr. Nach dem Tode des Pfarrers erhält derselbe gegen früher mehr aus der Kirchencasse rund 400 Thlr., bezieht also zusammen 825 Thlr. oder 2475 M. Hieron hat die Gemeindevertretung 150 M. gestrichen, bleibt 2325 M. Hiernach können wir es ruhig dem Urtheile Ihrer Leser überlassen, wie sich die hiesige Gemeindevertretung der in obiger Correspondenz angeführten gegenübergestellt hat.

Mit ausgezeichneter Hochachtung ergeht
G. Koerfer, Vorst. der K. G. W.

Vermischtes.

— In dem Dorfe Freiwalde bei Rosenberg in Westph. hat sich ein bemerkenswerther Fall von Scheintod ereignet. Die Frau des Zimmermanns M. starb, wenigstens wurde sie für todt gehalten. Die vermeintliche Leiche wurde entkleidet, gewaschen und in die an das Wohnzimmer stoßende Kammer getragen. Als die Schwester der Verstorbenen am anderen Tage die Kammer betrat, fand ihr die Todtgelaubte lebendig und lebhaft gegenüber. Sie hatte einen Anfall von Starrkrampf gehabt, und die Angehörigen, die mit dieser Krankheit nicht Bekanntschaft hatten, hatten sie für todt gehalten. Jetzt ist die Auserstandene munter und gesund wie ein Fisch im Wasser.

New-York, 11. Febr. Der Dampfer „Babaria“ der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Actiengesellschaft ist, hier eingegangenen Nachrichten zufolge, am 6. d. M. auf der Fahrt von New-Orleans nach Liverpool auf offenem Meere verbrannt. Die Passagiere und die Mannschaft wurden gerettet und in Beaufort (Südcarolina) gelandet.

Fruchtpreise zu Neuß am 15. Februar.

	1. Qual.	2. Qual.	3. Qual.	1. Qual.	2. Qual.	3. Qual.
Weizen	23	21	50	Buchweizen	—	—
„	—	—	—	Hafer, 1. Qual.	16	80
„	—	—	—	„ 2. Qual.	32	50
Landroggen	17	16	—	Rüben (Avel)	—	—
Gerste (Winter-)	—	—	—	„ 1. Qual.	34	—
„ (Sommer-)	—	—	—	„ 2. Qual.	—	—
				Kartoffeln	8	—
				Heu	9	—
				Strohhalm	7	80

(Alles per 100 Rthl.)

Preise unverändert.
Rübel per 100 Rthl in Partien von 100 Ctr. 77 —
Rübel per 100 Rthl faßweise 79 —
Gereinigt Del per 100 Rthl 3.50. M. 55er als Rübel.
Preßkuchen per 1000 Rthl 162 —
Weizen-Vorschuß 00 per 100 Rthl 80 50
Kleien per 50 Rthl 8 —
Rübel und Kuchen unverändert.

brachten Anträge auf energische Ausführung der genehmigten öffentlichen Bauten und Arbeiten in befristeten Anlagen gegen den Handelsminister selbst erging. Insbesondere machte er demselben den Vorwurf, daß er als Minister der öffentlichen Arbeiten nicht zur rechten Zeit die nötige Thätigkeit bewiesen habe, um die seinem Ressort unterstellten Arbeiten zu fördern, welche durch die wirtschaftliche Lage des Landes geboten erschiene. Beim Zustromen der französischen Kriegskontribution habe der Minister sich für eine lange Reihe von Jahren diejenigen Mittel sichern müssen, welche das Land vor einer wirtschaftlichen Krise bewahrt hätten. Statt dessen habe das Kriegsdepartement die Geldmittel fast allein mit Beschlag belegt, und indem der Finanzminister den Rest zur Rückzahlung von Staatschulden verwandte, hätte er den Glauben erweckt, daß unser Land unermesslich reich sei. Indes brach der Redner selbst seiner Anlage die Spitze ab, da er zugeben mußte, daß Herr Achenbach damals noch nicht Minister gewesen sei. So beschränkte sich das Sündenregister, welches Herr Dunder dem Minister vorhielt, eigentlich darauf, daß er die bewilligten Gelder nicht in der richtigen Weise verwendet, viele wichtige Bauten nicht genügend gefördert und namentlich das Wasserbauwesen vernachlässigt habe. — Der Handelsminister gab diese Vorwürfe mit Zinsen zurück. Er fragte den Ankläger, wo er denn gewesen sei, als über die Milliarden verfaßt worden? warum er damals nicht die heute entwidelten Gesichtspunkte geltend gemacht habe? warum er seine Anlage gegen ihn richtete, der gar nicht in der Lage gewesen sei, den behaupteten Einfluß zu üben und der in seinem gegenwärtigen Amte Alles gethan habe, was in seiner Macht gelegen? Herr Dunder hätte deshalb seine Angriffe gegen den rechten Sollen, dem er wirklich eine Schuld beimeessen könne. Der Minister suchte weiter nachzuweisen, daß die Bauverwaltung keineswegs lässig gewesen sei und wies den aus der Vergewöhrung einzelner Bauten entnommenen Tadel mit Unsicherheit zurück, dabei sich speciell auf Anerkennungsschreiben verschiedener Corporationen stützend. Abg. Hammacher wollte nicht bestreiten, daß dem Minister die Abwehr verschiedener Vorwürfe gelungen sei; doch meinte er, daß der Vorwurf einer Sammellosigkeit in der Ausführung der öffentlichen Bauten bestehen bleibe, wenn diese aus hauptsächlich durch büreaukratische Formalitäten verschuldet sei. Hier müsse also die bessernde Hand angelegt werden, indem man den Localbehörden eine größere Selbstständigkeit einräume. Außerdem hielt der Abg. der Regierung vor, daß sie keinen vollständigen Finanzplan vorgelegt habe, sondern ganz unsystematisch vorgegangen sei. Auf eine desfallsige Anfrage erwiderte der Minister: daß die Regierung mit der Ausführung größerer Bauten bereits vorgegangen sei, daß wegen des Rhein-Weser-Kanals eine Vorlage nicht in Aussicht gestellt werden könne, weil die Interessenten selbst zu wenig gethan, daß aber in den nächsten Tagen dem Hause eine auf Vermehrung der Credit für Eisenbahn- und Hafenhauten gerichtete Vorlage zugehen werde. — Die Debatte, in welcher noch die Abg. Windthorst (Bielefeld) und Kasper eingriffen, endigte mit der Annahme der vom Abg. Dunder vorgeschlagenen Resolution. — Die weiteren Verhandlungen boten kein Interesse.

Breite unverändert.		(alles per 100 Kilo.)	
RA551	per 100 Kilo in Partien von 100 Str.	77	—
RA551	per 100 Kilo faßweise	79	—
Erweitertes Oel per 100 Kilo 3.50. R. 551er als RA551.			
Breite	per 1000 Kilo	162	—
Belegen-Vorlauf	00 per 100 Kilo	30	50
Kleien	per 50 Kilo	8	—
RA551 und Kugen unverändert.			

